

*Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen
Faulenbach, Gutzeit, Weber:*

„Die Lage der Juden und der Jüdischen Gemeinden wie auch die SED-Politik gegenüber Juden und jüdischen Gemeinden in den verschiedenen Phasen der DDR verlangen eine differenzierte sorgfältige Untersuchung. Diese ist von der Enquete-Kommission nicht geleistet worden. Die vorliegende Textpassage zum Judentum ist ganz unzureichend, ihre Plazierung im Anschluß an die Passage über den Rechtsradikalismus läßt Sensibilität vermissen.“

2. Die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR

2.1. Mittel zur Formung der „sozialistischen Gesellschaft“ und deren Wirksamkeit

Die soziale und wirtschaftliche Umgestaltung folgte in der SBZ/DDR nur selten der Eigendynamik gesellschaftlicher Strukturveränderungen oder gar individueller Entscheidungen, sondern wurde staatlich-politisch gelenkt entsprechend den Zielvorstellungen der SED. Die dabei von der „führenden Partei der Arbeiter- und Bauernklasse“ auf dem Weg zur Formung und weiteren Ausgestaltung der „sozialistischen“ Gesellschaft eingesetzten Mittel konnten im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission nur punktuell untersucht und können auch an dieser Stelle nur skizziert werden:

1. Die „antifaschistischen“ Enteignungen trafen im Sinne der konsequent umgesetzten Ideologie die Großindustrie, den Großgrundbesitz und die Bauern [→ I. Themenfeld]. Die soziale Schicht freier Bauern wurde aufgelöst und damit die gesamte Landwirtschaft zwangsweise kollektiviert.
2. Durch die zusätzliche, ebenfalls überwiegend erzwungene Überführung von Handwerksbetrieben, Kleinunternehmern und Selbständigen in Genossenschaften wurde das „Besitzbürgertum“ aufgelöst.
3. Die Zerschlagung des „bürgerlich-faschistischen“ Staatsapparates führte zur Entfernung der Eliten aus allen Bereichen der Verwaltung; sie traf keineswegs nur Anhänger des Nationalsozialismus, sondern zielte auf die bürgerliche Elite insgesamt (Entlassungen von Beamten, Lehrern, Hochschullehrern u. a. bzw. ideologische „Umerziehung“).

Trotz der Auflösung des Besitzbürgertums war die DDR weit entfernt von einer „klassenlosen“ Gesellschaft. Es gab weiterhin eine Unterschicht, die sich aus niedrig entlohnerten Arbeitern und Angestellten, beruflich Benachteiligten aus politischen Gründen und aus Rentnern sowie Fürsorgeempfängern zusammensetzte. Die neue Mittelschicht bildeten die leitenden Kader in den Betrieben und Organisationen und – soweit möglich bzw. noch vorhanden – die Handwerker und wenigen Selbständigen [→ Expertisen Voigt, Schneider]. Zu dieser Schicht sind auch die Nomenklaturkader und andere höhere SED-

und Staatsfunktionäre einschließlich der Leiter von militärischen, wissenschaftlichen, kulturellen und sonstigen Institutionen zu zählen. Eine besondere Gruppe innerhalb dieser Schicht war die „Intelligenz“. Sie hob sich durch ein breit gestaffeltes System der Zusatzversorgung und durch die Einbindung in die Staatshierarchie hervor, was sich in zunehmendem Maße auch in der Möglichkeit zur Selbstrekrutierung (Studienplätze für ihre Kinder) niederschlug [→ Expertisen Hanke, Voigt]. An der Spitze stand die kleine, herrschende Schicht der hohen Parteifunktionäre, die isoliert von der breiten Bevölkerung aber auch von niederrangigen Kadern und den anderen Funktionären lebte.

Die Elitenrekrutierung erfolgte durch Kaderauswahl nach den Kriterien Treue zur Partei, „sozialistisches Bewußtsein“, Durchsetzungsvermögen nach unten, Bildungsgrad, fachliche Leistung und soziale Herkunft [→ Expertisen Hanke, Schneider, Voigt]. Für alle, die politische Vorgaben und Erwartungen nicht erfüllten, gab es wirkungsvolle Mechanismen zur Karriere-Erschwernis bzw. Karriere-Verweigerung, angefangen von der Schule (Noten in den ideologieträchtigen Fächern) bis hin zur Einflußnahme durch das MfS auf die Auswahl der Kader.

Diese Schritte und Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft gaben der SED das entscheidende Machtmittel in die Hand, um Gesellschaft und Wirtschaft zentral zu gestalten und zu lenken.

Die so entstehende „sozialistische Gesellschaft“ neuen Typs zeichnete sich u. a. durch folgende Merkmale aus:

- Eine Arbeiter- und Angestellten-Gesellschaft, die zu 98 vH aus abhängig Beschäftigten zusammengesetzt war.
- Die statusmäßige, berufliche Integration der DDR-Bevölkerung wurde durch ein dichtes Netz von Organisationen verstärkt, die jeden Bürger mehrfach erfaßten und kontrollierten [→ I. Themenfeld; Bericht Michalk, Expertise Hanke].
- Möglichst auch alle privaten Lebensbereiche sollten durch Kollektive, die von der SED politisch direkt oder indirekt durchdrungen waren, kontrolliert werden. In den hierarchisch organisierten Kollektiven wurden die Organisationsmitglieder diszipliniert (u. a. durch Kritik und Selbstkritik; Aufnahme und Übergaberituale z. B. bei den Thälmannpionieren, der FDJ oder in sozialistischen Brigaden) und möglichst gleichgeschaltet.
- Andererseits besaßen Familie, Verwandtschaft und Freundeskreis für den einzelnen eine hohe Wertigkeit. Manch einer entwickelte ein gespaltenes Bewußtsein, ein widersprüchliches Dasein von Beruf und Privatleben.

Die Sozialpolitik wurde mit dem Anspruch auf universelle Lenkung der Gesellschaft betrieben. Sie zielte daher auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse insgesamt im Sinne einer Lenkung durch Versorgung und Privilegiengewährung ab [→ Expertise Hanke]:

- Die Bürokratie ermittelte den Bedarf und bestimmte die Verteilungskriterien. Diesen Zugriffen waren die „Werk tätigen“ mehr oder weniger hilflos ausgeliefert.
- Die „Durchstaatlichung“ und Normierung der Gesellschaft erfolgte im sozialpolitischen Bereich durch die Wohnungsbaupolitik (Zuweisung der Wohnungen; niedrige Mieten auf Kosten von Sanierungsmaßnahmen; stereotyper Plattenbau einschließlich der notwendigen Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, HO- und Konsum-Läden und zentralen Gaststätten).

Das Ergebnis dieser Politik war der „versorgte Mensch“, der gewohnt war, daß für ihn entschieden wurde. Systemkonformes Verhalten und Arbeitsleistungen wurden abgestuft materiell und moralisch anerkannt (Auszeichnungen und Privilegien). Dem Repressionssystem entsprach also ein Belohnungssystem für systemtreues Verhalten. Die Mechanismen wirkten so stark, daß Aufbegehren in größerem Maße erst dann zu beobachten war, als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Staates und damit das Versorgungssystem gefährdet waren.

Die SED erreichte zeitweise durch ihr Wohlfahrtsprogramm einerseits und durch Angsterzeugung als Herrschaftsinstrument andererseits gesellschaftliche Akzeptanz. Es läßt sich jedoch nicht nachweisen, daß die „sozialistische Bewußtseinsbildung“ als Mobilisierungsstrategie in der Gesellschaft im Sinne der Ausbildung parteiideologisch erwünschter mentaler und sozialer Verhaltensweisen massenhaft legitimatorisch wirksam geworden wäre [→ Expertise Thomas]. Vielmehr löste bereits ab der Anfangsphase der „antifaschistisch-demokratischen“ Umwälzungen bei den Betroffenen das Erlebte ein Gefühl hilflosen Ausgeliefertseins aus. Diesem entzog man sich durch „Republikflucht“ oder durch den Rückzug in private Refugien. Das heißt: Wo das Eigenleben in den Kollektiven zu stark unterbunden wurde, wanderten die Menschen zumindest „innerlich“ aus der offiziellen Sphäre in einen Freiraum informeller Beziehungen aus (Rückzug in die Familie; Aufbau privater Beziehungsnetze) und suchten damit die Unzuträglichkeiten der vorgegebenen Wirklichkeit zu unterlaufen [→ Expertise Hanke]. Die Menschen leisteten dabei häufig erheblichen Einsatz für den aktiven Auf- und Ausbau einer Nische ihres Privatlebens (→ die „Datschen“ als Lebensmittelpunkt). Nur in den privaten Bereichen, die dem staatlichem Zugriff entzogen waren, konnten sich Flexibilität, Eigenständigkeit, Einfallsreichtum und Durchsetzungskraft entfalten.

Die Einengung eigenverantwortlicher Gestaltungsmöglichkeiten erzeugte teilweise ein starkes Autoritätssyndrom: Obrigkeitsdenken, Autoritarismus, Paternalismus, Staatsgläubigkeit, vor allem aber Unselbständigkeit, Versorgungsmentalität, mangelndes Selbstvertrauen gekoppelt mit der Bereitschaft zur Anpassung [→ Expertisen Thomas, Hanke]. Charakteristisch war ein „angepaßtes

Ausweichverhalten“. Es gab eine eigentümliche Mischung aus „symbolischer Mitwirkung und politischer Absenz“ [→ Expertise Thomas].

Der informelle Sektor des Privaten war also von größter Bedeutung als Entfaltungsraum für Initiativen, Einfallsreichtum, Selbständigkeit, Selbstwertgefühl, den Aufbau und die Pflege eines persönlichen Beziehungsgeflechts. Diese wichtigen sozialpsychologischen Eigenschaften blieben auf das private Leben des Einzelnen beschränkt, da es keinen öffentlichen Raum gab, in dem man gemeinsam gemäß den eigenen Überzeugungen hätte handeln können. Eine Ausnahme bildeten nur die Kirchen [→ V. Themenfeld].

Von den großen Umstrukturierungsprozessen wurde die Gesellschaft nur partiell erfaßt, da der private Bereich einschließlich des Miteinanders in der Arbeitswelt hiervon weitgehend unberührt blieb. So entstand jener eigentümliche scheinbare Widerspruch zwischen den Aktionen zentralstaatlicher Planung und den Beharrungstendenzen einer immobilen Gesellschaft in den informellen Kleinstrukturen.

Das gesamte Gebiet der direkten und indirekten Einflußnahme des SED-Staates auf die Bevölkerung bedarf dringend vertiefter Untersuchungen insbesondere zu folgenden Problemen:

- Enteignung als psychische Schädigung und volkswirtschaftliches Unrecht,
- psychische Gefahren des Versorgungsstaates,
- psychische Gefahren der Karrierenprogrammierung,
- Wirkungen des Lebens im informellen Sektor,
- vergleichende Untersuchungen zu den psychosozialen Auswirkungen freiheitlicher, demokratischer und totalitärer Systeme.

2.2. *Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber zur Gesellschaftspolitik der SED*

„Die Gesellschaftspolitik war ein zentrales Politikfeld der SED. In ihr manifestierte sich der Wille, die Gesellschaft nach Vorstellungen der herrschenden Partei zu gestalten, zugleich aber war sie auch Mittel zum Zweck, um das SED-System abzusichern. Sie gehört zweifellos zu den wirksamen „integrativen“ Faktoren des SED-Systems.

Die Enquete-Kommission hat diesen Themenbereich nicht näher ausgeleuchtet (hier liegt ein wesentliches Themenfeld für eine Fortsetzung der Arbeit). Von den wichtigen Aspekten der Gesellschaftspolitik sei hier lediglich der der Frauenpolitik etwas genauer angesprochen, obgleich auch er zu den von der Kommission nicht eingehender behandelten Fragen gehört [→ Abschnitt 3].

Hauptziel der SED-Gesellschaftspolitik war die Erreichung eines bisher in der Geschichte unbekannten Zustandes, dessen Eintritt jedoch vom Marxismus-Leninismus als historisch gesetzmäßig, also determiniert bezeichnet wurde: die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus. Dabei handelte es sich gleichermaßen um eine konkrete Utopie, um eine quasi-religiöse Verheißung, um ein strategisches Fernziel wie um einen propagandistischen Rauchvorhang, hinter dem sich ein umfassender Repressionsapparat etablierte, der sich dann auch noch mit der Aufgabe rechtfertigte, diesen paradiesischen Endzustand herbeizukämpfen.

Die Expertise Thomas hat wichtige gesellschaftspolitische Problemfelder abgesteckt:

- ideologisch fixierte Konstitutionsprinzipien und Legitimationsmuster der SED-Gesellschaftspolitik in den verschiedenen Phasen
- Wechselwirkungen von Gesellschaftspolitik und Mentalitätsentwicklung
- die Frage des Generationswechsels
- lebensweltliche und psychosoziale sowie politische Konsequenzen der SED-Gesellschaftspolitik
- die Entwicklung von Wertorientierungen angesichts des Scheiterns der Ansprüche der SED-Politik.

Die Expertise Hanke behandelte u. a.

- das Spannungsverhältnis von Sozialstrukturentwicklung und Gesellschaftspolitik
- die Diskrepanz zwischen angestrebter sozialistischer und realer Lebensweise
- die gesellschaftlichen Probleme, die durch Entdifferenzierung und Abwanderung erzeugt wurden
- die von einer „paternalistischen“ Sozialpolitik geschaffenen Abhängigkeiten
- die Bedeutung informeller Beziehungen.

Beide Expertisen geben zusammen einen guten Überblick über den gegenwärtigen Diskussionsstand, der zu weiteren Forschungen innerhalb der angegebenen Themenfelder führen muß.

Zahlreiche bedeutsame, in ihrer Nachwirkung relevante Fragen sind bislang von der wissenschaftlichen Forschung ganz unzureichend behandelt worden. Dazu gehören:

- die Folgen der Entlassungen und Vertreibungen der alten Eliten nach Ende des Zweiten Weltkrieges und die Mechanismen neuer Rekrutierungsmuster in den einzelnen Phasen der DDR-Geschichte (alle Spielarten der Kaderpolitik, nicht nur im Hinblick auf die Nomenklaturkader A und B)
- die Aufhebung der tradierten deutschen, vom Nationalsozialismus nur kurz

unterbrochenen föderalistischen staatlichen und gesellschaftlichen Verfassung Deutschlands mit ihren stark-regionalistischen kulturellen Prägungen und ihr Ersatz durch einen hypertrophen Zentralismus

- die Folgen der Hypostasierung des Kollektivs auf allen gesellschaftlichen Ebenen für die SED, die gesamte Gesellschaft und den einzelnen
- die systematische Untersuchung des Wechselverhältnisses von fortgeltenden tradierten und von oktroyierten neuen Wertmustern und der Einfluß eventuell entstandener Wertkonglomerate auf bis heute praktizierte, den Vereinigungsprozeß fördernde bzw. ihn behindernde Verhaltensweisen
- die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung gegenkultureller Orientierungen und die Herausbildung sogenannter Selbstentfaltungsmodelle (orientiert an der westdeutschen „Beziehungsgesellschaft“)
- Stadt-Land-Migrationen, Urbanisierungs- und Agrarisierungstendenzen, Stadtarchitektur und Wohnungsbau und ihre gesellschaftlichen Folgen
- die Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik im engeren Sinne, also Renten-, Behinderten- und Familienpolitik und ihre verschiedenen Phasen
- die Analyse der Widerstände, die einer zentral dramaturgisierten Gesellschaftspolitik aus informellen sozialen und kulturellen Milieus erwachsen
- Gesellschaftspolitik als Reaktion auf Einflüsse, die von außen auf die DDR wirkten und auf die die Einheitspartei reagieren mußte
- Gesellschaftspolitik unter Modernisierungszwang angesichts des stets propagierten „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ bzw. der „wissenschaftlich-technischen Revolution“
- auch die Fragen, welche strukturellen und legitimatorischen Begrenzungen für eine Gesellschaftspolitik a priori gelten, die in einer Teil-Nation vollzogen werden soll.

Dieser Katalog der Desiderate ist nicht vollständig und stellt auch keine Prioritätenliste dar. Zu seiner Bearbeitung ist umfangreiche Forschungsarbeit – eine Vielzahl von Projekten – nötig. Es war nicht Aufgabe der Enquete-Kommission, diese Forschungsarbeit selbst zu leisten. Was ihr zu diesem Thema an Material vorgelegt wurde, läßt ein abschließendes Gesamturteil über 40 Jahre SED-Gesellschaftspolitik noch nicht zu.“

3. *Frauen- und Familienpolitik*

Vorbemerkung

Die SED verfolgte im Bereich der Frauen- und Familienpolitik, abgesehen von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, zwei Ziele: Die Integration der Frauen